

## **Appell „Breitbandkluft in Deutschland überwinden“ – Maßnahmenpaket für eine schnellstmögliche flächendeckende Versorgung**

Das gemeinsam von Deutschem Landkreistag (DLT), Deutschem Städte- und Gemeindebund (DStGB) und VATM erarbeitete und im Oktober 2007 vorgelegte Diskussionspapier greift auf den Ebenen der Bundes- und Landespolitik bereits bestehende korrespondierende Bestrebungen auf und will einen praxisorientierten Vorschlag zur operativen Umsetzung vorstellen. Die Verbände halten eine gemeinsame Anstrengung von Wirtschaft und Politik für unverzichtbar. Das Papier ist als Diskussionsgrundlage für ein schnelles und konstruktives Handeln in Zusammenarbeit mit Bund, Ländern und Kommunen zu verstehen.

Unter Breitbandversorgung wird in diesem Diskussionspapier keinesfalls nur der in den Ballungsgebieten hauptsächlich genutzte DSL-Anschluss verstanden. Vielmehr sind damit alle Technologien gemeint, die eine breitbandige Kommunikation ermöglichen können (also zum Beispiel TV-Breitbandkabel, Breitband via Satellit, Funk, Kabelmodem, Powerline u. a.).

- I. Gemeinsamer Appell von DLT, DStGB und VATM
  1. Appell zur Überwindung der Breitbandkluft
  2. Bedeutung der Breitbandversorgung für Bürger, Wirtschaft und Kommunen
  3. Die Auswirkungen der Breitbandkluft für den ländlichen Raum
  
- II. Maßnahmenpaket zur Überwindung der Breitbandkluft in Deutschland
  1. Ausgangslage
  2. Aktionsziele
  3. Umsetzung

### **I. Gemeinsamer Appell von DLT, DStGB und VATM**

#### **1. Appell zur Überwindung der Breitbandkluft**

Der Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten e.V., der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund appellieren an Bund, Länder und Wirtschaft, jetzt parteiübergreifend alle Kräfte zu mobilisieren und zu bündeln, um die Breitbandkluft zwischen Stadt und Land zu beseitigen und eine flächendeckende, leistungsfähige Breitbandinfrastruktur auch in den ländlich geprägten Regionen Deutschlands zu schaffen. Es wäre ein schwerer Nachteil für diese Regionen, wenn die ehrgeizigen Ausbauziele von Wirtschaft und Politik zwar erreicht, jedoch fast ausschließlich in Bevölkerungszentren realisiert würden. Vielmehr muss angestrebt werden, kommunikationstechnische Chancengleichheit zu schaffen. Dies gebietet schon der im Grundgesetz verankerte Auftrag zur Sicherung bzw. Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen Deutschlands. Angesichts der zahlreichen und ständig wachsenden Vorteile moderner breitbandiger Internetkommunikation ist das noch bestehende massive

Kommunikationsinfrastrukturgefälle zwischen Ballungsräumen und ländlichen Gebieten nicht länger hinnehmbar.

## **2. Bedeutung der Breitbandversorgung für Bürger und Wirtschaft und Kommunen**

Politik, Wirtschaft und kommunale Spitzenverbände sind sich einig, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland u. a. entscheidend vom schnellen Auf- und Ausbau der Breitbandtechnologie abhängt. Diese wird nach Schätzungen der OECD bis zum Jahre 2011 mit einem Drittel zum Produktivitätszuwachs in den Industrieländern beitragen. Aber auch für Schule und Bildung sowie für den Bereich e-Government ist einstweilen eine flächendeckende Breitbandversorgung erforderlich. Diese ist in Deutschland allerdings auch im Sommer 2007 noch lange nicht erreicht.

So verzeichnet etwa der Breitbandatlas über 2.200 un- oder unterversorgte Städte und Gemeinden insbesondere in ländlichen Gebieten. Dabei wurden über 800 Kommunen ausgewiesen, die über keine Breitbandanbindung verfügen. In weiteren 1.400 Gemeinden wird die Versorgung als schlecht bezeichnet. Danach hätten derzeit 1 Mio. Haushalte keinen Breitbandanschluss. Schon dieses Versorgungsdefizit wäre für einen modernen Industriestaat im globalen Wettbewerb inakzeptabel.

Eine genaue Betrachtung zeigt, dass die tatsächliche Lage der Breitbandversorgung noch weitaus ernster ist. Der Breitbandatlas definiert bereits eine Übertragungsbandbreite von über 128 Kilo-Bit pro Sekunde (KBit/s) in Download und Upstream als breitbandige Versorgung. Dies entspricht gerade einmal der maximalen Übertragungsrate von ISDN bei lediglich 2 x 64 KBit/s und ist nicht mehr zeitgemäß. Für die komplikationslose Nutzung der meisten internetgestützten Anwendungsbereiche moderner Kommunikationstechnologien ist (zumindest im Download) eine Datenübertragungsbandbreite von 1 Mega- Bit pro Sekunde ausreichend, aber auch erforderlich. Diese kann als Grundversorgung auch noch als mittelfristig zukunftsfähig angesehen werden. Legt man diese, im Vergleich mit VDSL immer noch sehr bescheidene Übertragsbandbreite als Richtgröße fest, offenbart sich das tatsächliche Ausmaß der Breitbandkluft in Deutschland. So geht beispielsweise das Wissenschaftliche Institut für Infrastruktur und Kommunikationsdienste von deutlich über 2.500 unversorgten Gemeinden und etwa 5-6 Mio. unversorgten Bürgern aus. Dies entspricht ca. drei Millionen Haushalten in Deutschland. Diese von den Möglichkeiten moderner Internetkommunikation abgeschnittenen Haushalte befinden sich ganz überwiegend in den ländlichen Regionen der Bundesrepublik Deutschland.

## **3. Die Auswirkungen der Breitbandkluft für den ländlichen Raum**

Es liegt auf der Hand, dass Gebiete ohne Breitbandzugang im Standortwettbewerb zunehmend das Nachsehen haben. Die Landflucht wird dramatisch weiter

beschleunigt. Unternehmen wandern ab und vor allem Schülern und jungen Menschen fehlen die notwendigen Kommunikationsmöglichkeiten. Daraus entstehen teils gravierende ökonomische Nachteile für Gemeinden und Regionen, wie etwa Bevölkerungs- und Arbeitsplatzverlust, Steuerausfälle und vermehrte Aufwendungen zur Abfederung von teils massiver Arbeitslosigkeit.

Durch den Einsatz breitbandiger Internetkommunikation können gerade kleine oder mittlere Unternehmen die Zusammenarbeit mit Kunden und Lieferanten erheblich verbessern. Kommunikation und Datenaustausch etwa im Rahmen der Auftragsbestellung und -abwicklung mit Kunden und Lieferanten, der Geschäftsverkehr insgesamt sowie die interne Organisation bis hin zum Vertrieb können mit breitbandiger Kommunikationsinfrastruktur wesentlich effektiver abgewickelt werden. Auch der schnelle Informationsaustausch mit Behörden, universitären oder sonstigen Einrichtungen sowie die Schaffung von Preis- und Produkttransparenz durch schnelle Informationsbeschaffung sind eindeutige Wettbewerbsvorteile. Der Mangel an diesen, in Ballungsräumen selbstverständlichen E-Commerce-Möglichkeiten führt zur Nichtansiedlung neuer oder zur Verlagerung ortsansässiger Betriebe.

Die Bewohner des nicht durch Breitbandtechnologie erschlossenen ländlichen Raums erleiden in Zeiten rasant wachsender Internetkommunikation zunehmend Einbußen der Lebensqualität. Hierbei handelt es sich um teilweise spürbare finanzielle Auswirkungen wie etwa den Wertverlust von Immobilien, entgangene Rabattvorteile bei Onlinebuchungen und Warenbestellungen, Zeit-Fahrtkostenaufwand für Behörden- oder Arztbesuche, die fehlende Möglichkeit der Schaffung von Preis- und Produkttransparenz für alltägliche Güter bis hin zu mangelnden Einsparungsmöglichkeiten durch Internettelefonie (VoIP).

Weitere exemplarische Nachteile für die Bürger ergeben sich insbesondere in den Bereichen

- Bildung: In Lehrplänen vorgesehene Internet-Recherche der Schüler ist nicht oder nur mit starken Einschränkungen möglich, keine Chats und Hausaufgaben-Hilfen; keine Möglichkeit der Teilnahme an internetgestützten Angeboten der Berufsqualifikation oder der allgemeinen Erwachsenenbildung der Volkshochschulen, stark eingeschränkte Möglichkeiten des Fernstudiums
- e-Government: Keine Möglichkeit, online am politischen Leben teilzuhaben oder Verwaltungsvorgänge abzuwickeln

## **II. Maßnahmenpaket zur Überwindung der Breitbandkluft in Deutschland**

### **1. Ausgangslage**

Seit einigen Jahren existieren Bestrebungen, die Breitbandversorgungssituation im ländlichen Raum zu verbessern. Mit Breitbandkongressen, Roadshows und Informationsbroschüren, wie etwa der gemeinsamen Schrift von VATM und DStGB (DStGB Dokumentation Nr. 56 - Breitbandanbindung von Kommunen, verfügbar

unter <http://www.dstgb.de>, demnächst in zweiter Auflage) wurden im Wesentlichen zwei Ziele verfolgt: Einerseits die Schaffung des Bewusstseins bei den verantwortlichen politischen Akteuren, dass moderne breitbandige Internetkommunikation ein immer bedeutenderer Standortfaktor für Kommunen, Wirtschaft und Bevölkerung wird, und andererseits die Herstellung von Kontakten zwischen interessierten Städten, Gemeinden, Landkreisen und Infrastrukturanbietern.

Während das erste Ziel als erreicht gelten kann, ist das Ausmaß der erfolgreichen Kontakte hinter den Erwartungen zurück geblieben. Dennoch ist allen Organisatoren solcher Maßnahmen dafür zu danken, dass das Thema Breitband im ländlichen Raum im Fokus des öffentlichen Interesses steht und zunehmend Dynamik entwickelt.

Darüber hinaus konnte die Erkenntnis gewonnen werden, dass es nicht ausreicht, Kommunen und Infrastrukturanbietern eine Gelegenheit zur Kontaktaufnahme zu geben und sodann auf das Wirken der Marktkräfte zu setzen. Denn entgegen der ursprünglichen Hoffnung regelt der Markt die flächendeckende Versorgung mit Breitbandverbindungen nicht im Alleingang. Sowohl die T-Com, als auch Anbieter alternativer Breitbandtechnologien müssen Investitionskosten gegen die zu erwartenden Umsätze mit Breitbandkunden rechnen. Dabei zeigt sich in einigen Fällen, dass eine Breitbanderschließung ländlicher Regionen für die Unternehmen nicht rentabel ist. In diesen Fällen ist als ultima ratio eine öffentliche Infrastrukturförderung erforderlich.

## **2. Aktionsziele**

Dankenswerterweise wurden nunmehr erste Programme zur Förderung von Breitbandinfrastruktur auf Landes- und Bundesebene aufgelegt. Damit die Mittel auch tatsächlich sinnvoll eingesetzt werden können, ist es erforderlich, die Eigeninitiative der Anbieter und Nachfrager zu befördern und zu unterstützen. Um zu vermeiden, dass geförderte Infrastrukturprojekte nur punktuell und mehr oder weniger zufallsabhängig entstehen, ist es von zentraler Bedeutung, umfassend gemeindebezogene Informationen zusammen zu stellen, die als Entscheidungsgrundlage für einen Infrastrukturförderantrag und dessen Bearbeitung notwendig sind.

Politische Verantwortungsträger aller Ebenen, Kommunalverwaltungen und TK-Anbieter benötigen für ihre Entscheidungen ausreichende Informationsgrundlagen. Der Breitbandatlas sowie verfügbare punktuelle Informationen reichen offenbar nicht aus, um dem Breitbandausbau im ländlichen Raum eine stärkere Eigendynamik zu verleihen. Angestrebt wird deshalb, für jede un/unterversorgte kommunale Gebietskörperschaft ein Datenblatt zu erstellen, das für alle im Ausbauprozess engagierten Parteien aussagekräftig ist. Erfasst werden sollen u. a. der Versorgungsstatus, ortsbezogene Wirtschaftsdaten, topographische Merkmale, Anschlussentfernung zum nächsten Breitband-POP. Eine derartige



Zusammenstellung ermöglicht es mit relativ hoher Treffergenauigkeit, die grundsätzlich geeigneten Erschließungstechnologien, den Wirtschaftlichkeitsgrad der Erschließung sowie die geeigneten Fördermöglichkeiten in kurzer Zeit zu identifizieren.

Was wir nicht wollen:

- die Taskforce (siehe unten) soll keine einengende Festlegung eventuell förderbarer Technologieplattformen vornehmen, sondern für Gemeinden und Unternehmen gleichermaßen eine erste Empfehlung darstellen, die eine weitere individuelle Prüfung auch vor Ort erleichtern kann.
- die Taskforce trifft keinerlei konkrete Vorauswahl von Unternehmen oder andere wettbewerbseinengende Festlegungen.

Was wir wollen:

- eine systematische, einheitliche Datenbasis für Kommunen und Unternehmen, damit kostenaufwendige Vorarbeiten entfallen und beidseitig eine gezielte Kontaktaufnahme der Entscheidungsträger erleichtert wird.
- eine verlässliche und aktuelle Datenbasis, anhand derer effektive wirtschafts- und strukturpolitische Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene getroffen werden können.

Gemeinsames Verständnis:

Das Maßnahmenpaket soll ein Vorschlag zur operativen Umsetzung der bereits in Politik auf Bundes- und Landesebene vorhandenen korrespondierenden Bestrebungen sein, die Datenvalidität deutlich zu verbessern und systematischer als bisher die vor Ort bestehenden Bedarfe und technischen Möglichkeiten für die problematischen Gebiete zusammen zu führen.

Dabei sollen alle heute, aber auch zukünftig geeigneten Technologien in die Untersuchung einbezogen werden.

### 3. Umsetzung

Unter der Voraussetzung, dass eine Task- Force im Rahmen einer Projektarbeit als Sammel- und Auswertungsstelle der notwendigen Informationen auf Bundes- oder Länderebene eingerichtet und finanziert wird, sowie unter der weiteren Voraussetzung der zielgerichteten Kooperation aller Informationsträger lässt sich als erste Annäherung die Reihenfolge der Schritte des Maßnahmenpakets wie folgt darstellen:

Schritte des Maßnahmenpakets	Verantwortlichkeiten
<b>1. Datenerhebung / Ermittlung der Bedarfslage</b>	
Ermittlung nicht breitbandig versorgter Gemeinden und Ortsteile (einheitliche Grenze 1 Mbit/s)	Gemeinden / Landkreise oder DTAG (Datenmaterial ist bei DTAG vorhanden)
Prüfung der (künftigen) Verfügbarkeit verschiedener Anschlussarten, z. B.	Gemeinden / Landkreise, Task Force, DTAG, TK-Wettbewerber



DSL / VDSL-Ausbauplanungen, UMTS, TV-Kabel oder alternativer Technologien	
ortsbezogene Wirtschaftsdaten (Zahl der Haushalte und Gewerbebetriebe)	Gemeinden / Landkreise
ortsbezogene Geodaten (Abfrage über Landesvermessungsämter, Mobilfunkanbieter, eigenes Bild- und Datenmaterial, Luftbildaufnahmen, Google Earth o. ä.)	Gemeinden / Landkreise oder Task Force
Standort nächster Breitband-POP und Entfernungcluster (ortsbezogene Geodaten)	Gemeinden / Landkreise, DTAG (Datenmaterial ist bei DTAG vorhanden) oder Task Force
<b>2. Auswahl der geeigneten Technologien</b>	
ortsbezogene Auswertung der Daten und Empfehlung grds. geeigneter Technologien für Anschluss und Versorgung	Unternehmensberater, Task Force
ortsbezogene wirtschaftliche Bewertung unter Einbeziehung der Fördertatbestände	Unternehmensberater, Task Force
<b>3. Auswahl geeigneter Anbieter</b>	
ortsbezogene Bewertung der für die ausgewählte/n Technologie/n am Markt agierenden Anbieter unter Berücksichtigung des ggf. erforderlichen Technologie-Mix	Gemeinden / Landkreise und Task Force
<b>4. Implementierung</b>	
ortsbezogene Unterstützung bei Standortfragen, Baugenehmigungen	Gemeinden / Landkreise
Kundenakquise	Gemeinden / Landkreise
ortsbezogene Vermittlung von unterstützenden Betrieben zur technischen Implementierung, Service (Handwerk), Internetsupport (ISPs) und Betrieb	Gemeinden / Landkreise, kommunale Daten- und Rechenzentren

Die Verfasser bitten um Unterstützung der Initiative: Appell „Breitbandkluft in Deutschland überwinden“ - Maßnahmenpaket für eine schnellstmögliche flächendeckende Versorgung“.